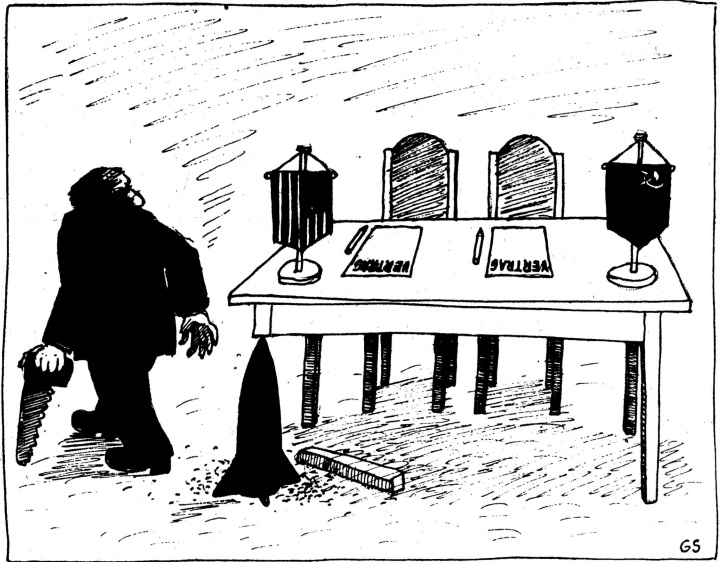


vin. In den letzten Wochen verlangte er wiederholt die Beschaffung weiterer nuklearer Artilleriegeschosse, die Aufrüstung bzw. Modernisierung von nuklearen Kurzstreckenraketen, die zusätzliche Stationierung kernwaffentragender Flugzeuge sowie see- und luftgestützte Marschflugkörper. Ihm gehe es darum, „die Steine zu ersetzen, die nun fehlen“.

Auch der wegen seiner Ablehnung der doppelten Null-Lösung von seinen Ämtern als Abrüstungspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Obmann der Fraktion im Unterausschuß des BRD-Bundestages für Abrüstung und Rüstungskontrolle zurückgetretene CDU-Bundestagsabgeordnete Todenhöfer stößt ins gleiche Horn. Er verlangt, daß zugleich mit dem Abbau der im Washingtoner Vertrag festgelegten Mittelstreckenraketen neue nukleare Waffensysteme aufgestellt werden sollten. Es müßten vor allem solche Waffen sein, die sowjetisches Territorium erreichen können. Nach Todenhöfers Vorstellungen seegestützte Cruise Missiles, die über eine Reichweite von 2500 Kilometern verfügen und die auf U-Booten oder Überwasserkriegsschiffen in europäischen Gewässern stationiert sind. Außerdem sollten US-amerikanische B-52-Bomber mit Flügelraketen nach Westeuropa „vorverlagert“ werden.

Die Feinde der Abrüstung sind auf vielfältige Weise bestrebt, neue Abrüstungsbarrieren zu errichten. Eine zentrale Rolle spielt dabei das Wiederaufwärmen der Lüge von der angeblich massiven konventionellen Überlegenheit der Staaten des Warschauer Vertrages, die nicht selten in der Horrorvision gipfelt, daß damit die „Invasionsfähigkeit“ und die „Invasionsabsicht“ offenkundig sei.

Bekanntlich widmen die Staaten des Warschauer Vertrages den Fragen der konventionellen Streitkräfte und Rüstungen seit jeher große Aufmerksamkeit im Gesamtkomplex ihrer Abrü-



Die Ewiggestrigen

Zeichnung: Gerd Sadzinski

stungsbemühungen. Es waren die sozialistischen Staaten, die immer und immer wieder Vorschläge unterbreiteten, um zu Verhandlungsergebnissen zu gelangen und beiderseitig akzeptable Vereinbarungen zu erreichen, die vom Geist der Gleichheit und gleichen Sicherheit getragen sind.

Erinnert sei nur an die Worte Erich Honeckers vom Juni des vergangenen Jahres im Gespräch mit niederländischen Journalisten aus Anlaß seines bevorstehenden Besuchs in diesem Land: „Wenn man Angst hat, daß ein konventionelles Übergewicht besteht zwischen NATO und Warschauer Vertrag, eine Frage, die man bestätigen oder zurückweisen kann, je nach dem, welchen Standpunkt man einnimmt, dann ist das ein Problem. Wir sind für konventionelle Abrüstung, entsprechend dem Prinzip der Gleichheit und gleichen Sicherheit, und darüber müssen Verhandlungen beginnen. Unser Vorschlag liegt auf dem Tisch.“ Von den Staaten des Warschauer Vertrages ist oft genug deutlich gemacht worden, daß es in militärischen Teilbereichen

eine ganze Reihe von historisch entstandenen Asymmetrien gibt. Die Vorschläge, was die Lösung der Probleme betrifft, laufen darauf hinaus, „das jener, der vorn liegt, entsprechend reduziert“, wie es im Kommuniqué der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Staaten des Warschauer Vertrages vom Mai 1987 für jedermann verständlich heißt.

Dieser prinzipielle Standpunkt wurde von Genossen Erich Honecker auf der 5. Tagung noch einmal nachdrücklich unterstrichen: „Wer mehr hat, rüstet mehr ab, statt daß hinzurüstet, wer weniger hat. Ein anderer Grundsatz kann nicht gelten, um Asymmetrien auf dieser oder jener Seite beizukommen.“

Doch maßgebliche Kreise der NATO versuchen, diese vernünftigen Vorschläge einfach zu ignorieren. Ausdruck dafür ist u. a. die Tatsache - und auch darauf verwies die 5. ZK-Tagung -, daß von seiten der NATO in den 90er Jahren neuartige konventionelle Waffen und Munitionsarten zum Einsatz kommen sollen, deren Wirkungen sich denen von taktischen Kernwaffen annähern. Die